

[REDACTED]

Liebe Mitglieder der AfD-Bayern,

schon am 26. September 2021 werden die Bundestagswahlen stattfinden. Nehmen wir den Wahlerfolg der Bundestagswahl 2017 als Ansporn, wieder mit einem starken bayerischen Ergebnis in den Bundestag mit möglichst vielen Abgeordneten in den Bundestag einzuziehen, damit die Interessen unserer Heimat und unserer deutschen Bevölkerung dort mutig und entschlossen vertreten werden.

Die Hauptaufgabe des bayerischen Landesvorstandes ist daher, unter den staatlichen Corona-Einschränkungen eine rechtssichere Wahlbewerberaufstellung zur Liste für die Bundestagswahl 2021 sicherzustellen. Der Bundesvorstand und die Bundesgeschäftsstelle stellten den Landesvorständen am 09.02.2021 eine Handreichung mit verschiedenen Varianten zur rechtssicheren Wahlbewerberaufstellung entsprechend den neuesten Gesetzesänderungen zur Verfügung [REDACTED]

Der bayerische Landesvorstand beschäftigte sich intensiv mit diesem Dokument inkl. Gesetzeslage und hat in seiner Sitzung vom 26.02.2021 folgendes mehrheitlich beschlossen (Seitenangaben verweisen auf das Dokument):

Zu A. Grundsätzliches (Seiten 1-2)

Der Landesvorstand wird mit Priorität 1 an einem Mitgliederpräsenzparteitag [REDACTED] für die Wahlbewerberaufstellung festhalten. Diese Aufstellungsversammlung soll entsprechend der gültigen Satzung und Wahlordnung durchgeführt werden. Damit folgt der Landesvorstand Bayern der Empfehlung des Bundesvorstands und der Bundesgeschäftsstelle.

Es wurden neben unserer Halle in Greding zahlreiche Messehallen angefragt. Nachdem wir sehr wahrscheinlich keine andere Halle bekommen, erfordert die Durchführung eines Mitgliederpräsenzparteitags in Greding den Anbau eines Zeltes, um alle Teilnehmer gemäß Corona-Hygieneregeln unterbringen zu können.

Die ersten geschätzten Kosten belaufen sich auf ca. [REDACTED] und sind nur vertretbar, sofern der Mitglieder-Präsenzparteitag auch stattfinden kann. Auch die Teilnehmerzahl muss durch Vorabfrage eruiert werden, damit die Kapazität entsprechend geplant werden kann. Jedem ist klar, dass dieser Parteitag unseren Landesverband finanziell an die Grenzen des Machbaren bringt.

Der bayerische Landesvorstand wird die Planung mit Priorität 1 vorantreiben, bis entweder die Durchführung eines Mitgliederpräsenzparteitags per Genehmigung feststeht oder das Aufstellen des Zeltes kostenfrei storniert werden kann. Darüber hinaus müssen wir damit rechnen, dass im Mai die Behörden uns einen Parteitag entweder nicht genehmigen oder Erschwernisse in den Weg legen könnten. Denkbar wären verpflichtende Coronatests am Eingang oder ähnliches.

Selbstverständlich braucht der Landesvorstand einen Plan B mit Priorität 2, falls die Behörden den Mitgliederparteitag nicht genehmigen sollten. Dieser Plan B muss bereits jetzt im Detail ausgearbeitet werden, damit er sofort voll funktionsfähig aktiviert werden kann, sollte o.g. Priorität 1

nicht mehr durchführbar sein. Hauptziel ist und bleibt eine rechtssicher aufgestellte bayerische Kandidatenliste für die Bundestagswahl 2021.

Zu B. Überblick und C. Einzelheiten zu den alternativen Aufstellungsverfahren gemäß COVID-19-Wahlbewerberaufstellungsverordnung (Seiten 2-7)

Die Variante 2. (Delegiertenversammlung mit reduzierter Delegiertenanzahl) wurde mehrheitlich aus verschiedenen Gründen verworfen.

Erstens, weil damit gerechnet werden muss, dass die Behörden Versammlungen über 100 Personen nicht genehmigen. Bei einem Mitgliederstand von ca. 4.500 müsste ein Delegiertenschlüssel von 1:50, d.h. 1 Delegierter pro 50 Mitglieder genommen werden, um unter 100 Teilnehmern zu bleiben. Das widerspricht dem basisdemokratischen Geist, die Entscheidungsfindung auf eine breite Basis zu stellen.

Zweitens, weil in fast allen Kreisen noch gesondert Delegierte für die Aufstellungsversammlung gewählt werden müssten (die existierenden Bundesdelegierten dürfen diese Aufgabe nicht übernehmen). Wegen zeitlicher Knappheit und Problemen, entsprechende Räumlichkeiten für diese Delegiertenwahlen zu finden, ist es unwahrscheinlich, dass alle Kreisverbände das schaffen.

Einzig ein Delegiertenparteitag mit 281 Delegierten in der Halle ohne Zelt wäre denkbar gewesen, der zwar finanziell günstiger als ein Mitgliederparteitag ist aber womöglich keine Vorteile in der Genehmigung bringt, mehr dazu unter Variante 1.

Die Varianten 3,4,5 wurden aus den im Dokument genannten rechtlichen und/oder organisatorischen Gründen verworfen. Hier folgt der bayerische Landesvorstand den Empfehlungen der Bundesgeschäftsstelle. Besonders zu erwähnen ist, dass uns bis heute und auf absehbare Zeit keine Software zur Verfügung steht, die eine wirklich fälschungssichere und nachprüfbare Onlinewahl von Wahlbewerbern im Internet ermöglicht. Das ergaben Nachfragen bei der Bundesgeschäftsstelle und am Markt.

Der Landesvorstand hat sich also für die mögliche Alternative (Plan B) mit zwei verbliebenen Varianten näher beschäftigt.

Variante 1. Delegiertenversammlung statt Mitgliederversammlung

Es wurde ein Delegiertenschlüssel von 1:16 ins Auge gefasst, der sowohl einer angemessenen Repräsentation der Mitglieder als auch einer Durchführung der Wahlbewerberaufstellung in der Gredinger Halle genügt, ohne das teure Zelt zusätzlich aufstellen zu müssen. Damit wären 281 Delegierte in der Halle, zzgl. Presse, Sicherheit und Technik ca. 300 Personen, die sich über ein Hygienekonzept darstellen lassen. Der Vorteil dieser Lösung wären deutlich geringere Kosten als ein Mitgliederparteitag, da nur die Halle gemietet werden muss.

Zum Erreichen der notwendigen Rechtssicherheit sind bei dieser Variante weitere Voraussetzungen zu erfüllen:

- Alle bayerischen Kreisverbände müssen einmalig gesondert Delegierte für diesen Aufstellungsparteitag wählen. Fehler bei Delegiertenwahlen auf Kreisverbandsebene machen die ganze Liste anfechtbar.
- Zur Vermeidung dieser Fehler müssten im Vorfeld Schulungs- und Kontrollmaßnahmen seitens des Landesvorstandes gegenüber allen Kreisverbänden erfolgen, die zeitlich und organisatorisch nicht darstellbar sind, wenn wir rechtzeitig eine Liste wählen wollen.
- Nicht alle Kreisverbände werden kurzfristig Lokalitäten finden können, um diese Delegiertenwahlen durchzuführen, was aufgrund nicht gewählter Delegierter in einzelnen Kreisverbänden ebenfalls ein

Anfechtungsgrund sein könnte.

- Die satzungsgemäße Einladungsfrist von 3 Wochen für diese Delegiertenwahlen kann nicht verkürzt werden, wie wir juristisch prüfen ließen. Hier besteht extreme Zeitknappheit, die eine Aufstellung für den gesamten Landesverband unwahrscheinlich erscheinen lässt.

In der gelb hinterlegten Empfehlung für diese Variante weist die Bundesgeschäftsstelle darauf hin, dass die Empfehlung nur dann gilt, wenn o.g. Voraussetzungen erfüllt werden können, was nicht zu schaffen ist. Deshalb verwarf der Landesvorstand nach längerer Diskussion mehrheitlich diese Variante.

Zu bedenken: selbst, wenn uns eine Delegiertenpräsenzversammlung für ca. 300 Teilnehmer zuerst genehmigt werden würde, könnten die Behörden diese Genehmigung jederzeit kurzfristig zurückziehen bzw. bis zur Unmöglichkeit der Umsetzung erschweren. Ein Delegiertenpräsenzparteitag unterliegt letztlich ähnlichen Risiken wie ein Mitgliederpräsenzparteitag!

Variante 6. Rein schriftliches Verfahren ohne Durchführung einer Versammlung

Hier können sich alle Interessenten vorab bewerben und ausführlich vorstellen, jedoch nicht in einer Präsenzveranstaltung, sondern im Internet. Mitglieder ohne Internetanschluss erhalten einen anderen Zugang zu den Bewerbungsvorstellungen, wie beispielsweise per Brief.

Nach erfolgter Vorstellung aller Kandidaten erfolgt die Wahl der Bewerber per Briefwahl, wobei alle Mitglieder der AfD-Bayern über jeden Kandidaten frei abstimmen können, ohne jegliche Vorauswahl durch den Landesvorstand. Damit wird ein vollständig basisdemokratischer und transparenter Wahlvorgang gewährleistet. Die Auszählung der Briefwahl erfolgt unter notarieller Aufsicht. Im Gegensatz zu den US-Präsidentenwahlen haben wir über den Parteimanager einen vollständigen Überblick über unsere Mitglieder, weshalb ein eventuelles Einspeisen unbekannter Stimmen nicht passieren kann.

Nach eingehender juristischer Beratung ist die Variante 6. diejenige, welche die wenigsten juristischen Risiken enthält und bei entsprechender Vorbereitung in jedem Fall organisatorisch bewältigt werden kann. Entsprechend folgt der Landesvorstand mehrheitlich der Empfehlung der Bundesgeschäftsstelle, diese Auffanglösung als Plan B parallel voranzutreiben, sofern der Mitgliederpräsenzparteitag als Priorität 1 nicht durchführbar sein sollte. Um dem Leitbild einer demokratischen Kandidatenaufstellung innerhalb der Alternative für Deutschland gerecht zu werden, arbeiten wir bereits an einer Lösung, wie die Kandidaten von den Mitgliedern vor der Briefwahl ausführlich befragt werden können.

Aus finanzieller Sicht ist Variante 6. wesentlich kostengünstiger als ein Präsenzparteitag, sei es ein Mitglieder- oder Delegiertenparteitag, weil sowohl auf die Anmietung einer Halle als auch eines Zeltes verzichtet werden kann.

Weiteres Vorgehen

Im Verlaufe der Landesvorstandssitzung am 26.02.2021 wog der Landesvorstand ab, vorab ein Stimmungsbild unserer Mitglieder über eine Onlinebefragung einzuholen, welche der genannten Varianten sie bevorzugen. Grundsätzlich sollten bei weitreichenden Fragestellungen die Mitglieder vorab befragt werden. In vorliegendem Fall herrscht großer Zeitdruck und nicht jedes Mitglied hat kurzfristig diese Zeit zur Verfügung, um sich in das komplexe Für und Wider der einzelnen Varianten einzuarbeiten. Am Ende wird der Landesvorstand von den Mitgliedern dafür zur Verantwortung gezogen, ob er eine rechtssichere Listenaufstellung hinbringt oder nicht. Mehrheitlich wurde im Landesvorstand deshalb beschlossen, dass der Landesvorstand in vorliegendem Fall auch

entscheiden dürfen sollte, wozu er gewählt wurde.

Die vom Landesvorstand eingesetzte Arbeitsgruppe um Elena Fritz, Hansjörg Müller und Gerd Mannes macht sich, unterstützt von unserer Landesgeschäftsstelle, unverzüglich an die Arbeit, die Variante 6 als Plan B organisatorisch vorzubereiten. Über die Sachstände werden wir Sie regelmäßig informieren.

Da die Folgen der Entscheidung weitreichend sind, lädt der Landesvorstand interessierte Mitglieder, die weitergehende Fragen zur Listenaufstellung haben, am Dienstag, den 02. März um 19.00 Uhr zu einer Webkonferenz ein, um diese Fragen zu beantworten.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Ihr
Landesvorstand der bayerischen Alternative für Deutschland

(HINWEIS: Dies ist eine automatisch versendete Nachricht. Bitte antworten Sie nicht auf dieses Schreiben, da die Absenderadresse nur zum Versenden von E-Mails eingerichtet ist. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Landesgeschäftsstelle)